

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Andreas Scheuer
vom 29. September 2011**

Der Bund ist grundsätzlich bereit, das Vorhaben in das GVFG-Bundesprogramm in die Kategorie A aufzunehmen. Dazu muss jedoch grundsätzlich die Finanzierung geklärt sein und es ist ein vollständiger Finanzierungsantrag vorzulegen. Eine Aufnahme in das verwaltungsinterne Programm ist auch vor Vorliegen des Gesamtbaurechts denkbar. Finanzmittel können aber nur für die Baumaßnahmen gewährt werden, für die das Baurecht besteht.

69. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, den zweiten S-Bahn-Tunnel München und den Erdinger Ringschluss aus dem GVFG-Bundesprogramm in den Jahren 2016 bis 2019 mit zusammen 1,18 Mrd. Euro zu fördern, wenn für alle zehn alten Bundesländer insgesamt nur etwa 1 Mrd. Euro an Fördergeldern für diesen Zeitraum zur Verfügung steht, und inwiefern nützt der vorab eingereichte technische Teil des GVFG-Förderantrages für den zweiten S-Bahn-Tunnel München der Förderzusage für das Gesamtprojekt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Andreas Scheuer
vom 29. September 2011**

Der Bund befindet sich derzeit in Gesprächen mit dem Freistaat Bayern und der Deutschen Bahn AG. Eine konkrete Aussage zur Finanzierung kann erst nach Abschluss der Gespräche getroffen werden.

70. Abgeordneter
Ulrich Kelber
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Praxis, Ausflugsbinnenschiffe als offensichtliches Steuersparmodell unter ausländischer, im konkreten Fall Binnenschiffe der Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG (KD) unter maltesischer Flagge, fahren zu lassen (vgl. General-Anzeiger Bonn vom 21./22. August 2011), und welche Schritte gedenkt sie ggf. gegen diese Praxis zu unternehmen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann
vom 26. September 2011**

Nach § 2 des Binnenschiffahrtsgesetzes ist das Befahren der Bundeswasserstraßen erlaubnispflichtig, wenn das Wasserfahrzeug nicht in ein deutsches Schiffsregister eingetragen ist oder einer ausländischen Person gehört, die nicht in Deutschland wohnt oder ihren Sitz hier hat. Eine Erlaubnis ist allerdings nicht erforderlich, so-

weit sich dies aus zwischenstaatlichen Vereinbarungen, insbesondere dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ergibt. Die EU hat in mehreren Verordnungen die Bedingungen des Binnenschiffsgüter- und -personenverkehrs geregelt, so in den Verordnungen (EG) Nr. 1356/96, (EWG) Nr. 2919/85 und (EWG) Nr. 3921/91. Im Ergebnis werden dadurch auf deutschen Binnenwasserstraßen Schiffe aus anderen EU-Staaten deutschen Schiffen gleichgestellt. Daher ist die Praxis, Ausflugschiffe unter maltesischer Flagge fahren zu lassen, rechtlich grundsätzlich nicht zu beanstanden.

Da die Zulässigkeit der angesprochenen Praxis aus EU-Recht folgt, ist sie nicht durch nationale Maßnahmen zu ändern.

Das Ausflaggen eines Schiffes ist ein steuerlich irrelevanter Vorgang. Dasselbe gilt für die Einlage von Schiffen in eine ausländische Tochtergesellschaft, wenn die Einlage zu Marktpreisen vorgenommen wird. Der mit der Einlage verbundene Verlust des Besteuerungsrechtes des zukünftigen Veräußerungsgewinns der KD wird in jedem Fall durch die Besteuerung der stillen Reserven sichergestellt (siehe auch § 12 KStG). Die laufenden Gewinne aus dem Betrieb der KD unterliegen nach § 49 EStG der deutschen Besteuerung und werden nicht durch ein Doppelbesteuerungsabkommen freigestellt.

71. Abgeordneter
Thomas Lutze
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Zeitplan der Bundesregierung für die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (und anderer Bestimmungen), mit dem die Vereinbarung des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und FDP zur Reform bzw. Vereinfachung der Punktesystematik des Verkehrszentralregisters in Flensburg umgesetzt werden soll, wie dies auch von dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, am 29. April 2011 angekündigt wurde (u. a. n-tv.de, 30. April 2011)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Andreas Scheuer
vom 27. September 2011**

Die Bundesregierung strebt einen Abschluss der Reform des Verkehrszentralregistersystems bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode an.

72. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch lagen die Investitionen des Bundes in Bundesfernstraßen für
- a) Bedarfsplanmaßnahmen (ohne ÖPP und Re-finanzierungen),
 - b) Um- und Ausbau, Rastanlagen, Lärmschutzmaßnahmen und
 - c) Erhaltung
- in den Jahren 2005 bis 2011 bundesweit sowie im Land Berlin (bitte jeweils jährliche Investitionen angeben, bis 2010 Ist-Zahlen)?